

## Beschluss des SPD-Parteivorstandes am 16.3.2024

### **Demokratie verteidigen – Zusammenhalt stärken**

Seit 161 Jahren streiten wir für Demokratie. Wir wissen, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität können nur in einer Gesellschaft entstehen und bestehen, die auf universellen Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit aufgebaut ist. Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die das gewährleistet. Sie organisiert die Mehrheitsbildung in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft. Sie schützt die Rechte von Minderheiten. Demokratie ist kein Naturzustand. Sie ist verletzlich. Sie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann: von unserer aller inneren demokratischen Überzeugung. Demokratisch zu sein, ist deshalb eine bewusste und fortwährende Entscheidung, für eine solidarische Gesellschaft einzutreten. In einer starken Gemeinschaft der Demokrat\*innen wollen wir diese Gesellschaft schützen vor ihren neuen und alten Feinden. Dafür stehen wir – unserer Grundwerte bewusst und unserer Geschichte verpflichtet!

Die größte Gefahr für unsere Demokratie ist der Rechtsextremismus. Er ist keine politische Meinung, sondern eine Kampfansage an die Grundlagen eines freien und guten Zusammenlebens. Mit der Veröffentlichung des Correctiv Recherche-Netzwerks zu einem Treffen von rechtsextremistischen Kräften wurde für viele in erschreckender Klarheit deutlich, mit welcher rassistischen, menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Ideologie die rechtsextremen Netzwerke unsere offene Gesellschaft von innen heraus kaputt machen wollen: Wer Remigration sagt und massenhafte Deportation von Menschen meint, der ist keine Alternative für Deutschland, sondern eine akute Gefahr. Eine große Gefahr, die sich durch ein völkisches Netzwerk aus rechtsextremen Identitären, Reichsbürgern und ausländischen Autokraten potenziert. Für alle ist heute erkennbar, dass die AfD als der parlamentarische Arm eines gewaltbereiten rechtsextremistischen Netzwerks gelten muss. Deshalb bekämpfen wir sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln – inhaltlich wie strukturell!

Was wir auch sehen: Hunderttausende sind zur Verteidigung unserer Demokratie bereit. Sie gehen auf die Straßen. In Stralsund, in Zwickau, in Nagold genauso wie in Lichtenfels, Aurich und Rendsburg, in Berlin, Hamburg und Köln. Auch in kleinen Kommunen setzen Menschen ein Zeichen. Auch dort, wo es angesichts der erstarkten

rechtsextremistischen Kräfte echte Courage braucht, ein demokratisches Gesicht zu zeigen. Das macht Mut, das erleichtert, das verpflichtet uns, als starke politische Kraft nicht nachzulassen im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Dass so viele Menschen, dass Institutionen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik jetzt ihre Stimme für Demokratie und Menschenrechte erheben, dass sie sich in Bündnissen zusammenschließen und über Aktionsformen über die Kundgebung hinaus beraten, gibt dieser Bewegung eine große Kraft. Diese Bündnisse wollen wir pflegen.

Nicht ohne Grund ruft dieser Aufstand der Anständigen aber auch nach der Aktion der Zuständigen. Wir wissen um die Mittel unseres Rechtsstaats. Wir wollen, dass sie im Sinne einer wehrhaften Demokratie konsequent angewendet werden. Hass und Hetze, Beleidigungen und Drohungen und nicht zuletzt verbale oder gar tätliche Gewalt haben im demokratischen Diskurs keinen Platz und müssen konsequent ermittelt und strafverfolgt werden. Für Rechtsextremisten im Staatsdienst gibt es keine Toleranz. Menschen mit einer rechtsextremistischen Gesinnung müssen entwaffnet werden.

Gleichzeitig müssen wir Sozialdemokrat\*innen die AfD inhaltlich stellen. Es gilt, ihre Strategie als „Wolf im Schafspelz“ aufzudecken und ihre menschenfeindliche, völkische Ideologie aufzuzeigen. Dazu müssen wir die Herausforderung bewältigen, Desinformationen im Netz zurückzudrängen. Es nicht unwidersprochen hinzunehmen, dass sie sich als Sachwalter der Interessen des „kleinen“ Mannes geriert, während sie in ihrer Programmatik die eiskalte Ideologie einer Partei der reichen Eliten vertritt. Nicht zuletzt gilt es, den perfiden Populismus, das Ausnutzen und Schüren von Verunsicherung, von Neid, Angst und Wut, zu entlarven. Den Zuspruch zu ihren populistischen Scheinkonzepten wollen wir brechen und das Angebot einer solidarischen Politik aufzeigen, die reale Probleme beherzt angeht und gleichzeitig die Zuversicht ermöglicht, dass mit dem gemeinsamen Engagement ein besseres Morgen möglich ist.

Das kann nur gelingen, wenn wir viele sind. Das kann nur gelingen, wenn wir geschlossen dieses Ziel angehen – im Bund, in den Ländern und Kommunen. Jede Ebene hat in den letzten Jahren wertvolle Erfahrungen bei der Demokratiestärkung und -verteidigung gesammelt. Jetzt gilt es, die Kräfte zu bündeln und als Sozialdemokratie dem Rechtsextremismus in Deutschland und anderswo entschlossen die Stirn zu bieten.

Als deutsche Sozialdemokratie sind wir zudem Teil eines Netzwerks sozialdemokratischer Parteien, die sich überall in Europa und in aller Welt einem

erstarkenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als ernsthafter Bedrohung gegenübersehen. Die Verteidigung von Demokratie und Zusammenhalt, den Kampf um die Deutungshoheit im politischen Diskurs und damit für eine starke Sozialdemokratie und für ein besseres Morgen wollen wir in Solidarität, im guten Austausch und mit vereinten Kräften aufnehmen. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar und ist für uns nicht verhandelbar.

## **1. Sicherheit, die wir meinen**

Wichtige Grundlage für eine offene und solidarische Gesellschaft und Basis für ein gutes Zusammenleben in Vielfalt ist, dass alle Menschen in Deutschland sicher leben und mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Die Sozialdemokratie denkt dabei äußere, innere und soziale Sicherheit zusammen. Die Sicherheit vor der Bedrohung durch imperialistische Kriegstreiber gehört ebenso dazu wie die Sicherheit vor Kriminalität, Extremismus und Terror. Dazu kommt die soziale Sicherheit, die durch sichere und auskömmlich bezahlte Arbeit entsteht, durch bezahlbares Wohnen, das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme ebenso wie in die Handlungsfähigkeit des Staates. Dazu kommen gute und gerechte Bildungschancen, starke Rechte für Bürger\*innen, Verbraucher\*innen und Beschäftigte ebenso wie der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung und Ausgrenzung und eine wehrhafte, stabile Demokratie. Menschenfeindlichkeit weisen wir in jeder Form zurück: Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Misogynie oder Ableismus. Jegliche Herabwürdigung von Muslim\*innen und dem Islam bezeichnen wir als das, was es ist: verfassungswidrig.

### **Soziale Sicherheit**

Innere und soziale Sicherheit müssen ineinandergreifen. Wir Sozialdemokrat\*innen stehen für einen starken, handlungs- und durchsetzungsfähigen Staat, der an der Seite der Menschen steht und sich kümmert.

Wir müssen die sozialen Sicherungssysteme weiter stärken. Dafür haben wir mit der SPD-geführten Bundesregierung das Kindergeld und den Kinderzuschlag ebenso kräftig erhöht wie das Wohngeld, das wir zudem für viel mehr Menschen zugänglich gemacht haben. Aus Respekt vor der Lebensleistung der Arbeitnehmer\*innen haben wir Rentenerhöhungen ebenso durchgesetzt wie die Verbesserungen bei der Erwerbsminderung und die Angleichung der Renten in Ost und West. Wir stärken die gesetzliche Rente und stabilisieren das Rentenniveau gegenüber den Herausforderungen des demografischen Wandels. Dabei ist eine Erhöhung des

Renteneintrittsalters mit uns nicht zu machen, denn für viele ist sie nichts anderes als eine Rentenkürzung.

Aus Respekt für die Arbeit der Beschäftigten haben wir den Mindestlohn kräftig erhöht und setzen uns darüber hinaus für gute Tariflöhne ein. Zur Stärkung der Tarifbindung leisten wir einen Beitrag, indem wir ein Tariftreuegesetz des Bundes auf den Weg bringen. Die vielfältigen Umbrüche, inmitten derer sich Wirtschaft und Gesellschaft befinden und die viele Menschen verunsichern, werden wir sozial gerecht und mit dem Ziel besserer Lebensbedingungen für die Vielen gestalten. Damit alle in diesem Land davon profitieren. Damit alle eine Chance haben, ihr Leben so zu gestalten, wie es ihren eigenen Vorstellungen entspricht. Gute Bildung ist hierfür der entscheidende Schlüssel. Deshalb fordern wir einen Deutschlandpakt Bildung – als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.

### **Innere Sicherheit**

Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland sicher sind und sich sicher fühlen vor Kriminalität und Gewalt. Deshalb brauchen wir eine gute, modern ausgestattete und präzise Polizei. Eine umsichtige Prävention, eine effektive Strafverfolgung und ein einfühlsamer Opferschutz sind Kern unserer Politik der inneren Sicherheit. Eigentums- und vor allem Gewaltdelikte müssen konsequent verfolgt werden. Taten im und aus dem Internet stellen unsere Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Wir wollen, dass die Polizei in Deutschland auch digital gewappnet ist. Dem Bereich der Organisierten Kriminalität müssen wir angesichts des enormen volkswirtschaftlichen Schadens stärker begegnen. Zu all diesen Herausforderungen leisten die sozialdemokratischen Innenminister\*innen und --senator\*innen mit ihrer hervorragenden Arbeit einen wichtigen Beitrag.

### **Soziale Netzwerke als Tatort stärker ins Visier nehmen**

Im Internet und insbesondere in sozialen Netzwerken und Messenger-Gruppen werden massenhaft und mit dem klaren Ziel der Destabilisierung unserer Gesellschaft Hass, Hetze und Desinformation verbreitet. Straftaten aus diesem Spektrum werden leider viel zu oft nicht geahndet, entweder, weil es gar nicht zur Anzeige kommt oder weil die Täter\*innen nicht ermittelt werden können. Durch eine Stärkung der Meldewege sowie durch die weitere Einrichtung von online-Wachen und Schwerpunktstaatsanwaltschaften müssen wir dafür sorgen, dass Äußerungsdelikte und andere Straftaten auch in der digitalen Welt nicht ungesühnt bleiben.

Mit dem Digital Services Act und dem Digitale-Dienste-Gesetz gehen die EU und nationale Behörden wie das Bundeskriminalamt gegen diese Entwicklungen vor. Insbesondere die sozialen Medien, die oft als Multiplikator der Botschaften der Demokratiefeinde wirken, müssen ihren Pflichten nachkommen, diese Phänomene strukturell zu bekämpfen. Gleichzeitig ist und bleibt es wichtig, dass die große demokratische Mehrheit die scheinbare Hegemonie der Rechtspopulisten im Netz überwindet. Den Protest gegen den Hass und die Lügen der Rechtsextremisten müssen wir daher von der Straße auch ins Netz tragen und dort immer wieder klar Stellung beziehen.

Das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt und Ausdruck unseres wehrhaften Rechtsstaats. Dieser Rechtsstaat reagiert damit konsequent auf die im digitalen öffentlichen Raum zu beobachtende Verrohung der Kommunikation. Wir werden prüfen, ob eine Identifizierungspflicht der User gegenüber bestimmten Internetplattformen sinnvoll ist. Eine Klarnamenpflicht betrachten wir dagegen als unangemessen.

### **Sicherheit vor Rechtsextremisten**

Rechtsextremisten verfügen in Deutschland und Europa über manifeste Netzwerke. Ihre organisatorische und finanzielle Handlungsfähigkeit und nicht zuletzt ihre Gewaltbereitschaft sind besorgniserregend. Wir wollen, dass diese Netzwerke und ihre Finanzströme aufgeklärt und zerschlagen werden. Rechtsextremisten müssen konsequent aus dem öffentlichen Dienst entfernt, Gewalttäter\*innen müssen dingfest gemacht, verurteilt und Haftbefehle vollstreckt werden. Wir unterstützen ausdrücklich den Aktionsplan gegen Rechtsextremismus der Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Angesichts der hohen Gewaltbereitschaft ist uns besonders wichtig, dass Rechtsextremisten und sog. Reichsbürger\*innen schnell entwaffnet werden. Wer ein solches Weltbild hat, kann nicht zuverlässig sein im Sinne des Waffenrechts. Wir unterstützen deshalb die entsprechende Reform des Waffengesetzes.

### **Rechtsextreme Strukturen zerschlagen**

Vereine sind elementar wichtig zur Organisation unserer vielfältigen Zivilgesellschaft. Sie werden deshalb im Rahmen der Vereinigungsfreiheit geschützt und privilegiert. Wer diese Privilegien allerdings für menschenfeindliche Ziele missbraucht, dem sollen sie entzogen werden – heißt, rechtsextreme Vereine müssen verboten werden. Wir begrüßen deshalb etwa das Verbot der rechtsextremen Hammerskins und von Combat

18. Genauso wichtig ist es, dass weitere Verbotsmaßnahmen weiterhin geprüft werden.

### **Rechtsextremismus der AfD**

Wir sind eine Parteiendemokratie. Auch dies ist eine Lehre aus den Schwächen der Weimarer Republik. Parteien haben verfassungsrechtliche Aufgaben und genießen entsprechende Rechte. Diese Entscheidung haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes mit der Erwartung verbunden, dass Parteien, die die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpfen oder beseitigen wollen, diese Rechte verlieren können. Wenn das Bundesverfassungsgericht auf einen Antrag von Bundestag, Bundesregierung oder Bundesrat hin feststellt, dass eine Partei verfassungswidrig ist, kann ihr nach Art. 21 (3) das Privileg der Parteienfinanzierung entzogen oder kann sie nach Art. 21 (2) verboten werden.

Für uns ist klar: Ein Parteienverbot nach Artikel 21 GG ist und bleibt in der Parteiendemokratie Ultima Ratio. Nie jedoch darf die Demokratie tatenlos dabei zusehen, wie eine Partei sie von innen heraus zu zerstören sucht.

Die AfD verachtet die parlamentarische Arbeit und lähmt sie mit Scheingefechten, während sie gleichzeitig die Mittel, die sie zur Finanzierung ihrer parlamentarischen Arbeit erhält, zur Produktion und Verbreitung von demokratiezersetzender Propaganda missbraucht. Nach Medienrecherchen beschäftigt sie in ihrer Bundestagsfraktion Personen, die in vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft Organisationen mitwirken oder gar selbst namentlich im Verfassungsschutzbericht als Rechtsextremisten erwähnt werden.

Für uns steht außer Frage: Die AfD ist eine rechtsextremistische Partei, die von völkischer Ideologie durchdrungen ist und die die Demokratie bedroht. Die Belege, die etwa dem Oberverwaltungsgericht Münster zur Überprüfung der Einstufung der Partei als rechtsextremistischen Verdachtsfall vorgelegt wurden, sprechen dazu eine klare Sprache.

Entsprechend ihrer Befugnisse werden die Verfassungsschutzämter die extremistischen Bestrebungen dieser Partei auch weiterhin beobachten, ihre Erkenntnisse dazu laufend zusammentragen und bewerten.

Sollten diese Erkenntnisse ergeben, dass sie die Erfolgsaussicht eines solchen Verfahrens als gesichert erscheinen lassen, dann ist für uns ein Antrag auf Prüfung der Verfassungswidrigkeit der AfD nach Artikel 21 Absatz 2 GG eine klare Option zur Verteidigung unserer Demokratie. Die Diskussion darüber werden wir in den

entsprechenden Verfassungsorganen mit allen demokratischen Kräften verantwortungsbewusst führen, um ein möglichst breit getragenes Vorgehen zu erreichen. Ganz im Sinne von Carlo Schmid, einem der sozialdemokratischen Väter des Grundgesetzes: „Man muss auch den Mut zur Intoleranz gegenüber denen aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

## **2. Unser Kampf gegen Rassismus und für Integration und Teilhabe**

Deutschland ist bereits seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Jeder vierte Mensch in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte. Vielfalt bereichert unser Zusammenleben. Unser Versprechen als Einwanderungsland, als Integrationsgesellschaft muss es sein, dass ein gemeinsames Leben in einer guten Gesellschaft mit Gewissheit verbunden ist, dass man Respekt erfährt und dazugehört, unabhängig davon, ob man Wurzeln hat, die in andere Länder reichen.

Diese Gewissheit wird durch das alltägliche Erleben von Misstrauen und Ausgrenzung immer wieder infrage gestellt. Rassismus grenzt aus, er unterteilt in „Wir“ und „Die“, er stigmatisiert und wertet ab. Und er droht unser Miteinander zu vergiften und unsere Gesellschaft zu spalten. Gemeinsam haben wir die Aufgabe, uns jeder Form der rassistischen Ausgrenzung im Alltag entgegenzustellen und gleichzeitig strukturelle Nachteile beispielsweise der Bildungschancen oder der gleichen Teilhabe am Arbeitsmarkt gezielt zu überwinden.

Nicht zuletzt die über 200 rassistisch motivierten Morde der vergangenen 35 Jahre haben tiefe Narben hinterlassen und die Sorge geschürt, ob für Migrant\*innen ein sicheres Leben und eine gute Zukunft in unserem Land möglich ist. Das von Correctiv aufgedeckte Treffen von Rechtsextremisten in Potsdam, das ein menschenverachtendes Konzept zur massenhaften, gewaltsamen Deportation von Migrant\*innen zum Gegenstand hatte, gibt Zeugnis von der völkischen, rassistischen Ideologie der Rechtsextremisten, die damit unsere Gesellschaft als Ganzes bedrohen. Die Botschaft der Kundgebungen und Demonstrationen für Demokratie und Menschenrechte, die Botschaft der zahlreichen Äußerungen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft war: Wir sind ein Volk. Wir halten zusammen. Wir treten für unsere Werte und füreinander ein. Und wer einen von uns angreift, greift uns alle an.

Eine moderne und solidarische Gesellschaft lebt von der Vielfalt und der Bereitschaft zur Integration. Integration ist auch, aber nicht alleine die Aufgabe des Individuums,

das sich demnach einzugliedern hätte. Gelingende Integration steht und fällt auch mit der spürbaren Bereitschaft der Gemeinschaft, Neue und Neues aufzunehmen. Auf die Integration muss die selbstverständliche Teilhabe im Sinne einer echten Chance folgen, ein vollumfänglich akzeptiertes und respektiertes Mitglied der Gesellschaft zu sein.

Integration ist für uns eine gesamtgesellschaftliche, wie auch gesamtstaatliche Aufgabe, die weit mehr umfasst als die Finanzierung von Sprach- und Integrationskursen und die Versorgung mit Arbeitsplätzen. Eine kontinuierliche gemeinsame Anstrengung ist erforderlich, um sowohl die vollumfängliche Teilhabe derer zu gewährleisten, die schon lange bei uns leben und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass diejenigen gut ankommen, die mit dem Bedürfnis nach Schutz vor Krieg und Verfolgung oder auch auf der Suche nach einer guten Lebensperspektive zu uns kommen. Deswegen ist es gut, dass sich Bund und Länder bei der Kostenübernahme bzgl. der Aufnahme von Geflüchteten auf eine Pauschale geeinigt haben. Es ist gut, dass die Bundesregierung mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz die Zuwanderung in Ausbildung und Arbeit wesentlich erleichtert und verbessert. Wenn die Integration und volle Teilhabe dieser Menschen gelingen soll, dann benötigen wir dafür Unterkünfte, Sprach- und Integrationskurse, aber auch bezahlbaren Wohnraum, Kita- und Schulplätze und ein auf Integration ausgerichtetes Bildungssystem. Damit all diejenigen, die zu uns kommen, mit ihren Familien ein gutes Leben führen und ein neues Zuhause finden können.

### **Zusammengehörigkeit stärken**

Deshalb brauchen wir eine neue, eine gestärkte Zusammengehörigkeit in Deutschland. Wir brauchen ein neues deutsches „Wir“, das verbindet und niemanden ausgrenzt. Das verlangt von allen Beteiligten ein aufeinander zugehen im gegenseitigen Respekt und auf Basis unseres demokratischen Wertesystems. Wir haben in der Mobilisierung der Menschen, die für die Demokratie auf die Straße gegangen sind, genau das gesehen. Die Menschen stehen auf für und mit ihren Freund\*innen, Kolleg\*innen, Nachbarn, Mitschüler\*innen, Genoss\*innen. Und wir stehen an ihrer Seite.

Diese neue Zusammengehörigkeit muss in allen Bereichen der Gesellschaft sichtbar werden. Rassismus darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Es ist ein klares Zeichen für die Bedeutung dieser Aufgabe innerhalb der Bundesregierung, dass die Arbeit der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, Reem Alabali-Radovan, im Bundeskanzleramt angesiedelt ist und dass sie zudem als erste Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus berufen wurde.

Antisemitismus bekämpfen - Jüdisches Leben schützen

Antisemitismus gefährdet die Demokratie in ihren Grundfesten, er ist kein Problem der Vergangenheit. Wir erleben im Gegenteil heute wieder eine Zunahme jüdenfeindlicher Straftaten - das können und werden wir nicht hinnehmen. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland frei von Angst leben können. Die Bekämpfung jedes Antisemitismus ist für uns vorderste Aufgabe des Staates und der gesamten Gesellschaft.

### **Chancengleichheit und Aufstiegsversprechen für alle**

Chancengleichheit und Aufstiegsversprechen gehören zum Kitt unserer Gesellschaft und sind ein zentrales Element sozialdemokratischer Teilhabepolitik. Es geht darum, allen Bürger\*innen unabhängig von sozialer oder geografischer Herkunft zu garantieren, dass sie vor allem bei Bildung, Ausbildung, Arbeit und sozialem Aufstieg dieselben Chancen und Möglichkeiten haben – frei von Diskriminierung.

Wir wollen dafür sorgen, dass jedes Kind entsprechend seiner Fähigkeiten, Talente und Interessen gefördert wird. Unabhängig der Herkunft, einer Behinderung oder der finanziellen Mittel der Eltern. Mit dem Startchancenprogramm unterstützen wir gezielt Schulen mit dem höchsten Anteil an Schüler\*innen, die schon mit einem Nachteil auf die Welt kommen, der Armut. Das betrifft noch immer insbesondere diejenigen Familien, die zu uns kommen. Das darf jedoch kein Hindernis für die Bildung der Kinder und ihre Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben und eine gute Zukunft sein. Deswegen fordern wir mit dem auf dem Bundesparteitag 2023 beschlossenen Leitantrag zur Bildung eine frühe Förderung von Kindern, wenn entsprechender Bedarf besteht.

Eine zentrale Aufgabe ist daher, unsere Gesellschaft durchlässiger zu machen und allen die Möglichkeiten zu geben, diese wiedergewonnene Durchlässigkeit aus eigener Kraft oder mit der notwendigen Unterstützung zu nutzen.

### **Stärkung der Demokratie**

Die Feinde der Demokratie stehen rechts, und sie sitzen heute wieder in unseren Parlamenten. Sozialdemokrat\*innen waren und sind sich dieser Gefahr bewusst. Wir treten ihnen aus tiefer Überzeugung konsequent entgegen.

Rechtspopulisten und -extremisten diskreditieren demokratische, öffentlich-rechtliche und staatliche Institutionen, stellen die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse infrage und zielen so darauf, demokratische Diskurse zu untergraben. Diese Entwicklung ist alarmierend und fordert die Grundfesten unserer Demokratie heraus.

Hinzu kommt, dass die Akzeptanz von und das Vertrauen in demokratische Entscheidungen und Politiker\*innen seit einigen Jahren immer mehr unter Druck geraten. Wir erleben eine Konzentration der politisch-gesellschaftlichen Diskurse auf

polarisierende Themen, eine Personalisierung politischer Auseinandersetzung und eine schleichende Verrohung von Sprache und Sitten, die Unsicherheit schürt und dazu führt, dass die Bereitschaft zum politischen Engagement schwindet.

### **3. Demokratische Strukturen in Bildung und Zivilgesellschaft stärken**

#### **„Demokratie braucht Demokraten“ (Friedrich Ebert) – mehr demokratisches Bewusstsein schaffen**

Eine Demokratie lebt durch ihre Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv engagieren, für das Zusammenleben einsetzen und für unsere Werte einstehen. Das verlässliche Fundament unserer demokratischen Werteordnung bildet seit 75 Jahren das Grundgesetz. Dank der friedlichen Revolution vor 35 Jahren ist es die gemeinsame Verfassung für ganz Deutschland. Das Grundgesetz ist somit nicht zuletzt Ausdruck der geschichtlichen Erfahrungen mit Diktaturen. Auch vor dem Hintergrund dieser Jahrestage müssen wir alles dafür tun, den unverzichtbaren Wert unserer Demokratie wieder stärker ins Bewusstsein zu rufen. Das Gute ist: Demokratisches Bewusstsein kann man und muss man (er)lernen. Deshalb wollen wir die Demokratiebildung in unserer Gesellschaft stärken.

Unerlässlich ist dafür das Erleben von Selbstwirksamkeit in der Demokratie sowie eines menschenfreundlichen Zusammenlebens, in dem Diversität akzeptiert und respektiert wird und in dem Rassismus und Diskriminierung keinen Platz hat. Es ist absolut unverzichtbar, dass alle Institutionen des Bildungswesens einen Beitrag dazu leisten, dass die demokratische Einstellung als Grundvoraussetzung des gesellschaftlichen Miteinanders gestärkt, geschützt und verteidigt werden. Demokratie leben und lernen geht für uns weit über den Politikunterricht an Schulen hinaus. Es umfasst das demokratische Zusammenleben in den Schulen, Jugendzentren, Kinder- und Jugendverbänden, Betrieben und Hochschulen genauso wie eine Stärkung demokratiefördernder Inhalte und das demokratische Ringen um Kompromisse als Grundlage gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Ein Einwanderungsland wie Deutschland, das sich als Integrationsgesellschaft versteht, muss in seinen Bildungsplänen der Auseinandersetzung mit der Vielfalt der Herkunftsgeschichten, -Kulturen und politisch-gesellschaftlichen Debatten Raum geben. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die familiäre Geschichte und Kultur migrantischer Schüler\*innen kein leeres Papier ist, sondern dass ihre Geschichte Teil unserer Geschichte und damit Gegenstand des Unterrichts wird. Nur durch die

konsequente Einbeziehung unterschiedlichster Perspektiven ergeben sich Räume für die notwendige Auseinandersetzung und den Austausch. Schule darf und muss sich öffnen, um gesellschaftliche Themen und Konflikte nicht nur gemeinsam mit den Lehrkräften, sondern auch mit außerschulischen Organisationen und Expert\*innen zu diskutieren, das Verschiedene zu verstehen und das Verbindende herauszuarbeiten.

Politische Bildung ist nicht nur die Vermittlung von Wissen über die Funktionsweisen unserer Demokratie. Sie soll Bürger\*innen befähigen, unterschiedliche Perspektiven und Sichtweisen kennenzulernen, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese zu vertreten, manchmal auch zu revidieren. Schule muss ein Ort sein, an dem tagesaktuelle Themen diskutiert werden können. Das können die Lehrkräfte nicht allein stemmen. Gerade für diese Aufgaben müssen Schulen die Möglichkeit haben, eigenständig zu arbeiten und dabei außerschulische Expert\*innen und Akteur\*innen mit einzubeziehen. Diese Arbeit wollen wir auf eine sichere Finanzierungsgrundlage stellen.

### **Demokratiefördergesetz jetzt! – dauerhafte Absicherung von Projekten und Initiativen**

Wir erfreuen uns in Deutschland einer breit ausdifferenzierten, im Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagierten Zivilgesellschaft, die es zu fördern und zu stärken gilt. Das spiegeln uns die Vertreter\*innen der, meist ehrenamtlichen, Vereine, Organisationen etc. immer wieder in Gesprächen. Die heute in allen Bundesländern existierenden mobilen Beratungsteams, die Opferberatung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt und auch die vielen lokalen und überregionalen Netzwerke gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie sind es, die sich zumeist an vorderster Front Neonazis und Rechtspopulisten entgegenstellen, die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Verschwörungstheorien aufgreifen und in die öffentliche Diskussion überführen. Sie stärken Lokalpolitiker\*innen und aktiven Demokrat\*innen, aber auch Betroffenen von rassistischer, antisemitischer, queerfeindlicher, ableistischer und misogyner Gewalt, vor Ort den Rücken und stehen ihnen zur Seite. Für diese Arbeit gilt ihnen unser ausdrücklicher Dank.

Angesichts der wachsenden Populismen und Extremismen hat die sichere und durchgängige Finanzierung von Projekten für Demokratie, Vielfalt und gegen Menschenfeindlichkeit wie „Demokratie leben!“ eine hohe Priorität. Zudem wollen wir endlich gesetzlich verankern, dass die Demokratieförderung eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Es ist an der Zeit, dass wir die wertvollen Strukturen, die in den letzten

Jahren und Jahrzehnten geschaffen wurden, dauerhaft fördern, absichern und ausbauen. Dabei wollen wir auch den Schutz von und die Hilfe für Opfer von Hass und Hetze stärken.